

02.03.2026

**Stellungnahme der UWG zum Haushaltsplan 2026**

**Sebastian Jülich - Fraktionsvorsitzender**

**Sperrfrist: 02.03.2026 – 17:00 Uhr**

**- Es gilt das gesprochene Wort –**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem der Haushaltsplan in der Ratssitzung am 15.12.2025 eingebracht wurde, beschließen wir heute den Plan für das Haushaltsjahr 2026. Die darin aufgeführten Maßnahmen mit den zugehörigen Finanzmitteln sind aus den Beratungen in den Ausschüssen und den Fraktionen hinreichend bekannt. Ich verzichte daher auf eine Wiederholung der Zahlen und konzentriere mich auf die wesentlichen Punkte.

Leider müssen wir feststellen, dass sich die finanzielle Lage unserer Gemeinde nach dem erfolgreichen Verlassen des Haushaltssicherungskonzeptes deutlich verschlechtert hat und auch die Prognose für die Zukunft noch nie schlechter war. Tritt die Entwicklung wie erwartet ein, droht uns

möglicherweise schon ab dem Jahr 2027 der Nothaushalt. Es ist nur ein schwacher Trost, dass wir uns mit dieser Situation in guter Gesellschaft zu anderen Kommunen befinden– zeigt; aber deutlich, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen absolut unzureichend ist. Ein weiterer Beleg dafür ist auch, dass die kommunalen Schulden zum Ende des Jahres 2024 bundesweit mit 170,5 Mrd. € einen Rekordstand erreicht haben und Nordrhein-Westfalen deutschlandweit mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung<sup>1</sup> den Spitzenplatz einnimmt.

Der fehlende finanzielle Spielraum der Kommunen führt zu einem für die Bevölkerung deutlich spürbaren Rückgang der Qualität kommunaler Leistungen wie zum Beispiel dem Zustand öffentlicher Infrastruktur, der öffentlichen Sicherheit aber auch dem Angebot für Kinder- und Jugendliche in Kitas, Schulen und bei Freizeitangeboten. Gerade bei diesen Aufgaben auf der kommunalen Ebene zeigt sich die Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Staates für seine Bürgerinnen und Bürger. Es verwundert somit leider nicht, dass bei der Bürgerbefragung des deutschen Beamtenbundes im September 2025 nur noch 23 % der Befragten<sup>2</sup> angaben, dass sie den Staat in der Lage sehen seine Aufgaben und Probleme zu lösen, 73 % der Befragten<sup>3</sup> halten den Staat mit Blick auf die zahlreichen Baustellen sogar für überfordert. Ein solcher

---

<sup>1</sup> Oberhausen: Überschuldete Kommunen - Wenn arme Menschen in einer armen Stadt wohnen - DER SPIEGEL

<sup>2</sup> 250903\_Buergerbefragung\_oeffentlicher\_Dienst\_Hauptbefragung\_aktuell\_.pdf

<sup>3</sup> dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2025 | dbb.de

Verlust in das Vertrauen in den Staat führt auch zum Erstarren von antidemokratischen Parteien.

In Herscheid ist es uns bisher immer gelungen auch bei geringen finanziellen Mitteln ein gutes kommunales Angebot aufrecht zu erhalten und unsere Infrastruktur beständig auszubauen um damit die Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Hierzu war die Nutzung von Fördermitteln auf Grundlage langfristiger Konzepte, sparsamer Einsatz der Haushaltsmittel und auch einfach „gute Ideen zur richtigen Zeit“ die Mittel der Wahl.

Dennoch mangelt es immer stärker an einer ausreichenden finanziellen Ausstattung. Sowohl im Bund als auch im Land werden Gesetze beschlossen, für deren Umsetzung die Kommunen zahlen müssen ohne hierfür einen adäquaten Ausgleich zu bekommen. Gerade auf Bundesebene braucht es hier dringend grundsätzliche Weichenstellungen wie z.B. die angekündigte Sozialstaatsreform. Es bleibt zu hoffen, dass es hier wirklich zu einer durchgreifenden Lösung im Sinne der Kommunen und nicht wieder nur zu einer großen Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners kommt.

Ebenso ist das Land aufgefordert, die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Die Altschuldenhilfe ist sicherlich richtig und hilfreich, darf jedoch

nicht über das grundsätzliche Problem eines zu geringeren Verbundsatzes hinwegtäuschen. Sinnvoll und hilfreich bei der Finanzierung von Investitionen sind Fördermittel. Bei Förderprogrammen ist zu schauen, ob es sich wirklich um zusätzliche Mittel des Landes handelt und nicht, so wie nach der Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes zur NRW-Sportmilliarde, nur „Nebelkerzen<sup>4</sup>“ geworfen werden indem einfach ohnehin schon vorhandene Mittel nur anders gekennzeichnet werden. Ebenso hatte das Land auch bei der Weiterleitung des Sondervermögens des Bundes klebrige Finger und hat nur 47 % der Mittel an die Kommunen<sup>5</sup> direkt weitergereicht.

Ein großes Ärgernis für die kreisangehörigen Städte- und Gemeinden und auch für uns ist wie in jedem Jahr die anhaltende Steigerung der Kreisumlage. Gegen diese Steigerungen lässt es weder ansparen, noch können wir in diesem Umfang die Steuern (von denen ein Großteil eh nach Lüdenscheid abfließt) erhöhen. Wir als UWG-Fraktion haben die Gelegenheit genutzt an der Haushaltsplanberatung der Kreis-UWG teilzunehmen und uns vom Kreiskämmerer die Zahlen und die Hintergründe erläutern zu lassen, dort konnten wir nochmals die Sicht aus den Kommunen in die Beratung einbringen. Sicherlich überwiegen auch beim Kreis die Soziallasten, dennoch sind einige Probleme des Kreises hausgemacht. Zu nennen sind hier die

---

<sup>4</sup> „NRW-Sportmilliarde“ entpuppt sich als Nebelkerze der Landesregierung | Kommunen.NRW

<sup>5</sup> Oberhausen: Überschuldete Kommunen - Wenn arme Menschen in einer armen Stadt wohnen - DER SPIEGEL

Beteiligungen des Kreises in Form der Märkischen Kliniken und der Märkischen Verkehrsgesellschaft. Während zumindest bei den Kliniken Transparenz bei den Zahlen herrscht wird bei der MVG eher im Trüben gefischt und Zahlen, gerade auch zum Vergleich mit anderen Nahverkehrsunternehmen, liegen kaum vor. So weiß man beim Klinikum wie viele Patientinnen und Patienten zu welchen Kosten behandelt werden, gleichzeitig weiß man aber beim Nahverkehrsunternehmen nicht so genau auf welchen Strecken wie viele Fahrgäste zu welchen Kosten befördert werden. Die Ergebnisse dieser fehlenden Kontrolle und Steuerung zahlen wir über unsere Kreisumlage. Wir freuen uns daher, dass die UWG-Kreistagsfraktion einen Antrag in den Kreistag eingebracht hat, der neben einer Begrenzung der Kostensteigerungen auch Transparenz und Vergleichbarkeit mit anderen Verkehrsunternehmen fordert.

Wir erwarten vom Märkischen Kreis eine deutlich bessere Kontrolle und Steuerung der Beteiligungen, auch eine teilweise Privatisierung des Klinikums im Sinne einer Einsparung für den Kreishaushalt ist zu prüfen. Schon eine Prüfung aus teilweisen ideologischen Gründen von vornherein auszuschließen wie es die große Koalition im Kreistag seit Jahren tut zeugt nicht gerade von politischem Weitblick und kommunalpolitischer Verantwortung. Selbstverständlich für uns ist es, dass der Kreis auch bei den eigenen

Aufgaben – egal ob freiwillig oder pflichtig – laufend nach Einsparpotentialen sucht und diese konsequent über eine Senkung der Kreisumlage an die Kommunen weitergibt. Hier gibt es noch viel zu tun für den Kreiskämmerer, die automatische Anhebung der Kreisumlage kann nicht der einzige Weg sein. Ebenso selbstverständlich ist es für uns, dass die vom Landschaftsverband angekündigte Senkung der Umlage zu 100 % über die Senkung der Kreisumlage an die Kommunen weitergereicht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt ist auch immer eine Voraussage der Zukunft – und diese fällt dieses Jahr schwerer als in früheren Jahren. Perikles hat schon festgestellt, dass es weniger darauf ankommt die Zukunft vorauszusagen, sondern vor allem darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Und wir sind mit diesem Haushalt auf 2026 vorbereitet, da es gelingt, trotz schlechter Einnahmen wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen.

Zu nennen sind hier z.B. die im Haushalt aufgeführten Projekte im Bereich Hochbau und vor allem der Neubau des Kindergartens in Hüinghausen. Wir sehen diese Einrichtung als wichtigen Teil der Infrastruktur in Hüinghausen und befürworten hier den Einsatz der Gemeinde. Schön wäre es, wenn die Eröffnung schon im kommenden Jahr erfolgen könnte.

Die größte in den nächsten Jahren anstehende Investition sind der Umbau und die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Herscheid. Hier sehen wir aufgrund der im Raum stehenden Baukosten die Herausforderung der Finanzierung dieser bisher größten eigenfinanzierten Investition der Gemeinde. Die UWG steht zu einer sachgerechten und angemessenen Ausstattung der Feuerwehr. Wichtig sind hier für uns die Maßnahmen, die direkt der Sicherheit der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen dienen u.a. durch eine gute und zeitgemäße persönliche Schutzausrüstung und Maßnahmen zum Arbeitsschutz. Dennoch darf auch bei der Feuerwehr die finanzielle Seite der Folgekosten nicht außer Acht gelassen werden. So hat auch Berthold Penkert, der Leiter des Instituts der Feuerwehr NRW in Münster kürzlich in einem Beitrag im Feuerwehrmagazin richtigerweise festgestellt, dass eine Gemeinde eben nicht nur aus Ihrer Feuerwehr besteht<sup>6</sup>. Auch sind die rein finanziellen Mittel nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Leistungsfähigkeit und Motivation der freiwilligen Feuerwehr. Hier sehen wir dem neuen Brandschutzbedarfsplan interessiert entgegen, der im einstimmig von allen Ratsfraktionen eingesetzten Feuerwehr- und Katastrophenschutzsausschuss gut beraten werden wird.

---

<sup>6</sup> Berthold Penkert, Direktor des Instituts der Feuerwehr NRW, Kolumne „Darf es etwas mehr sein.“, in Feuerwehrmagazin 11/25, S. 96

Neben diesen großen Maßnahmen wird auch weiterhin in die Sanierung von Straßen und den Ausbau von Radwegen ebenso investiert wie in die kommunalen Gebäude, so zum Beispiel in die Sanierung des Daches der Turnhalle am Rahlenberg.

Die Deckung aller Aufwendungen und Auszahlungen gelingt aktuell noch ohne die Erhöhung der Steuersätze. Diese gilt es unserer Meinung nach so lange wie möglich zu vermeiden. Wir hoffen sehr darauf, dass der hier in Herscheid beschlossene differenzierte Steuersatz bei der Grundsteuer B auch nach einer gerichtlichen Überprüfung Bestand haben wird. Wir würden ungern einem einheitlichen und damit für die Wohngrundstücke deutlich höheren Hebesatz zustimmen müssen um diese für uns wichtigste und auch zuverlässigste Einnahmequelle dauerhaft zu sichern.

Weiterhin bleibt Sparsamkeit das Gebot der Stunde. Hier sehen wir auch die interkommunale Zusammenarbeit als Chance Aufgaben wirtschaftlicher zu erbringen. Ein positives Beispiel ist die Zusammenarbeit mit dem Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid Herscheid, welche ab diesem Jahr um die Zusammenarbeit im Bereich der Gewässerunterhaltung ergänzt wurde. Nur folgerichtig ist es, dass damit auch die bisher eher ergebnislose

Zusammenarbeit mit dem Ruhrverband für die Weiße Ahe so schnell wie möglich beendet wird.

Da die Mittel knapper werden bedeutet eine Entscheidung für ein Projekt auch, dass an anderer Stelle gespart werden oder die Einnahmen erhöht werden müssen. Umso wichtiger ist es, dass wir bei unseren Entscheidungen noch mehr als bisher die Folgekosten im Blick haben und unsere Beratungen noch transparenter als bisher der Bevölkerung gegenüber darstellen. Ein Beispiel wo das nicht ganz optimal erfolgt ist, ist die Diskussion um die Umgestaltung des Hallenplatzes und die Zahl der vorzuhaltenden Stellplätze. Die UWG-Fraktion wird dem Rat zeitnah einen Vorschlag zur Verbesserung der Kommunikation und Information unterbreiten.

Gerade in herausfordernden Zeiten ist es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihr Umfeld übernehmen und sich für Ihre Mitmenschen einsetzen. Hier gibt es viele unterschiedliche Formen des Engagements. Gerade hierauf kommt es in einer Gemeinschaft an. Das ist oft das Engagement in Vereinen und Institutionen wie Kirchen, DRK, DLRG und Feuerwehr, aber auch der ganz private Einsatz im direkten Umfeld, dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft. Unser Dank gilt daher allen, die sich

uneigennützig, unentgeltlich und ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagieren.

Ich bedanke mich im Namen der UWG beim Bürgermeister, der Kämmerin und allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Verwaltung, Bauhof und den anderen gemeindlichen Einrichtungen für die Arbeit bei der Erstellung des Haushaltsplanes, aber auch für die von Ihnen geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Die UWG-Fraktion wird dem Haushaltplan mit allen Anlagen zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rückfragen:

Sebastian Jülich – Fraktionsvorsitzender – Telefon 02357/170236

Den Text finden Sie auf [www.uwg-herscheid.de](http://www.uwg-herscheid.de) zum Download.